

**Niederschrift**  
**zur Sitzung des Verbandsgemeinderats**  
**Montag, 13.02.2012, 19:30 Uhr**

Öffentliche Sitzung des Rats.....	1
1. Genehmigung von Niederschriften .....	1
2. Urwahl des Bürgermeisters .....	1
3. Förderrichtlinien Sport- und Spielanlagen .....	2
4. Integriertes Klimaschutzkonzept.....	2
5. Nutzungsvereinbarung .....	3
6. Vergabe freiberuflicher Leistungen .....	3
7. Informationsblatt .....	5
8. Abrechnung 2011 für das Freibad.....	6
9. Verschiedenes, öffentlich.....	6
10. Sponsoringleistungen, Spenden und Schenkungen.....	6
11. Einwohnerfragestunde.....	6
Nichtöffentliche Sitzung .....	7
12. Soziale Medien.....	7
13. Kommunal- und Verwaltungsreform .....	8
14. Personalangelegenheiten .....	8
15. Verschiedenes, nichtöffentlich.....	10

Bürgermeister Harald Gemmer eröffnet die Sitzung begrüßt die Beigeordneten, die anwesenden Ratsmitglieder sowie Dagmar Schweickert von der Rhein-Lahn-Zeitung. Er stellt fest, dass zur Sitzung mit Schreiben vom 24.01.2012 form- und fristgerecht eingeladen ist. Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht.

Gelöscht: 1

**ÖFFENTLICHE SITZUNG DES RATS**

**1. Genehmigung von Niederschriften**

Die Niederschrift der Sitzung vom 12.12.2011 ist mit Schreiben vom 15.12.2011 versandt worden. Anregungen und Bedenken zur Niederschrift werden nicht vorgebracht. Sie wird vom Verbandsgemeinderat genehmigt.

**Beschluss: einstimmig bei einer Enthaltung**

**2. Urwahl des Bürgermeisters**

Der Vorsitzende teilt den Ratsmitgliedern mit, dass der Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 2.2.2012 dem Verbandsgemeinderat empfohlen hat, dem in der Einladung zu dieser Sitzung formulierten Beschlussvorschlag zu folgen.

Nach kurzer Diskussion beschließt der Verbandsgemeinderat, die Genehmigung nach § 4 Abs. 5 des Ersten Landesgesetzes zur Kommunal- und Verwaltungsreform für die Bürgermeisterwahl 2012/2013 zu beantragen und als Wahltermin den 21.10.2012 sowie für die Stichwahl den 4.11.2012 festzulegen. Ebenso wird der Text der Stellenausschreibung gebilligt. Die Veröffentlichung der Stellenausschreibung soll im Informationsblatt für den Einrich und im Staatsanzeiger erfolgen.

**Beschluss: einstimmig bei einer Enthaltung**

### 3. Förderrichtlinien Sport- und Spielanlagen

Bürgermeister Harald Gemmer verweist auf die der Einladung zu dieser Sitzung beigefügten Anlagen und schlägt dem Verbandsgemeinderat vor, die im Entwurf vorliegenden neuen Förderrichtlinien für Sport- und Spielanlagen der Verbandsgemeinde Katzenelnbogen zu beschließen.

Die neuen Richtlinien wurden optimiert und differenzieren in den Fördervoraussetzungen zwischen der Förderung der Ortsgemeinden und der Vereine.

Für die Ortsgemeinden bleibt es bei der bisherigen Regelung der Förderung von 30 % bei Vorhaben bis 25.564,59 Euro und einer Begrenzung der Förderung auf 3.067,75 Euro, wobei diejenigen Ortsgemeinden, die bisher noch keine Förderung in Anspruch genommen haben, diese unter den gleichen Voraussetzungen erhalten wie die Ortsgemeinden, die bereits eine Förderung erhalten haben.

Für Maßnahmen der Vereine wird der Betrag der zuwendungsfähigen Kosten von 25.564,59 Euro auf 49.999 Euro erhöht. Die Förderung beträgt 30 % der zuwendungsfähigen Kosten, höchstens 6.000 Euro je Vorhaben.

Die Ratsmitglieder stimmen den im Entwurf vorliegenden Förderrichtlinien Sport- und Spielanlagen der Verbandsgemeinde Katzenelnbogen zu.

**Beschluss: einstimmig**

### 4. Integriertes Klimaschutzkonzept

Der Vorsitzende informiert die Ratsmitglieder, dass das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) Kommunen bei der Erstellung von Klimaschutzkonzepten und bei deren Umsetzung unterstützt, um die im September 2010 beschlossenen Reduzierungen von Treibhausgasemissionen zu erreichen. Mittlerweile seien aus den seinerzeit formulierten Grundsätzen bereits festgelegte Ziele geworden.

Im Rahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE) Lahn-Taunus haben der Vorstand und die Lokale Aktionsgruppe (LAG) vorgeschlagen, für die drei Verbandsgemeinden im ILE-Bereich Bad Ems, Katzenelnbogen und Nassau ein Klimaschutzkonzept zu erstellen und die entsprechenden Förderungen im Rahmen der Klimaschutzinitiative des BMU zu beantragen.

Aufgrund dieses Klimaschutzkonzeptes könne auch dann in der Zukunft die fachlich-inhaltliche Unterstützung bei der Umsetzung beantragt werden.

Die Kosten für die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes werden auf 70.000 Euro geschätzt. Der Fördersatz beträgt 65 %, so dass der Eigenanteil für die ILE-Region 24.500 Euro (6.127 Euro für die VG Katzenelnbogen) betragen würde. Entsprechende Haushaltsmittel sind im Haushaltsplan eingestellt. Antragsschluss für dieses Jahr ist der 31. März 2012.

Ergänzend teilt der Vorsitzende mit, dass die Verbandsgemeinde Bad Ems voraussichtlich die Federführung für dieses Projekt übernehmen wird. Er bittet die Ratsmitglieder, in Vorbereitung des Zuschussantrages über die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes zu beschließen.

Das Ratsmitglied Ingo Brod erscheint zur Sitzung (19:44 Uhr).

Anschließend beschließt der Verbandsgemeinderat, der Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes zuzustimmen, wobei der Antrag für das Klimaschutzkonzept im Rahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung Lahn-Taunus erstellt werden soll. Weiter beschließt er, die Verwaltung zu beauftragen, die Antragstellung durchzuführen und nach der Bewilligung eine Ausschreibung durchzuführen.

**Beschluss: einstimmig**

## 5. Nutzungsvereinbarung

Zu diesem Punkt teilt Bürgermeister Harald Gemmer mit, dass in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 2.2.2012 über die vom Eigenbetrieb Energie & Wärme vorgeschlagene Nutzungsvereinbarung für die neu geschaffenen Parkplätze am Verwaltungsgebäude Burgstraße 1 in Katzenelnbogen für die Bediensteten der Verbandsgemeindeverwaltung diskutiert und vorgeschlagen wurde, diesen Tagesordnungspunkt zunächst noch einmal in der nächsten Sitzung des Werksausschusses zu behandeln.

Gegen den Vorschlag des Haupt- und Finanzausschusses erheben die Mitglieder des Verbandsgemeinderates keine Einwände.

## 6. Vergabe freiberuflicher Leistungen

Der Vorsitzende führt im Nachgang zum Beschlussvorschlag aus, dass eine Ortsgemeinde nicht der von der Arbeitsgruppe erarbeiteten Beschlussvorlage zugestimmt habe und gegebenenfalls mit der Süwag einen Konzessionsvertrag abschließen möchte. Der Beschluss einer Ortsgemeinde stehe noch aus, alle anderen Gemeinden haben dem Beschlussvorschlag zugestimmt. Mittlerweile gebe es ein fundiertes Angebot, einen festen Termin und mit der Mainova auch einen zweiten Anbieter, der Interesse habe, in die Netzbeteiligung/Konzession einzusteigen.

Damit das Gesamtgeschäft nicht an einer Ortsgemeinde scheitert, bittet er im Vorfeld der Vergabe der freiberuflichen Beraterleistungen den Verbandsgemeinderat, vom Grundsatz die Bereitschaft zu erklären, seitens der Verbandsgemeinde Anteile der Netzeigentumsgesellschaft für diejenigen Ortsgemeinden zu übernehmen, die sich nicht beteiligen wollen oder sich wegen Bedenken der Kommunalaufsicht nicht beteiligen können,

wobei ein Rückkauf jederzeit möglich sein soll. Er weist außerdem darauf hin, dass das Innenministerium den Kreisen und Verbandsgemeinden eine Zuständigkeit und Kompetenzen zugesprochen habe.

Horst Klöppel, Sprecher der CDU-Fraktion, sieht eine Übernahme durch die Verbandsgemeinde mit gemischten Gefühlen, wenn sich eine oder zwei Gemeinden nicht an der Gesellschaft beteiligten. Er befürchtet, dass dies ein falsches Signal für andere Ortsgemeinden sei, die Beteiligung ebenfalls der Verbandsgemeinde zu überlassen.

Karl Protze, Sprecher der FWG-Fraktion, sieht diese Gefahr nicht, da die Ortsgemeinden einen Eigennutzen hätten und ihnen daran gelegen sein müsse, ein Gesamtpaket zu schnüren. Weiter fragt er sich, ob eine Finanzierung über den Eigenbetrieb Energie und Wärme eine sinnvolle Perspektive darstelle. Grundsätzlich bleibe jedoch nicht viel anderes übrig.

Ingo Brod von der FWG-Fraktion fühlt sich nicht kompetent genug, darüber zu entscheiden. Hier gehe es um die Frage, ob es politischer Wille sei, das Thema auf Verbandsgemeindeebene zu zentralisieren und führt als Beispiel die DSL-Versorgung an.

Jörg Denninghoff, Sprecher der SPD-Fraktion, hält es für sinnvoll, sich auf einen Grundsatzbeschluss zu einigen und verbandsgemeindeübergreifend zu verhandeln.

Bürgermeister Harald Gemmer trägt die vorliegenden drei Angebote für die Beraterleistungen für eine Netzeigentumsgesellschaft vor.

Horst Klöppel, Sprecher der CDU-Fraktion, tendiert zur Firma Dr. Dornbach & Partner, das er gegenüber dem „Einzelkämpfer“ Dipl.-Ing. Manfred Zimmermann für das leistungsfähigere Unternehmen mit mehr Know-how hält. Auch ist er der Meinung, dass die Angebote preislich schwer zu beurteilen seien.

Lars Gemmer von der CDU-Fraktion gibt zu bedenken, dass in dem „Ein-Mann-Unternehmen Manfred Zimmermann“ nichts passieren darf. Da er betriebswirtschaftlich mehr Bedarf sieht, hält auch er das Unternehmen Dornbach & Partner für eher geeignet.

Jörg Denninghoff, Sprecher der SPD-Fraktion kann die Bedenken der CDU-Fraktion nachvollziehen.

Karl Protze, Sprecher der FWG-Fraktion, hält es nicht für sinnvoll, einen anderen Berater als die Verbandsgemeinde Diez zu beauftragen.

Bürgermeister Harald Gemmer sieht es als einen Vorteil für die Verbandsgemeinde Katzenelnbogen, den gleichen Berater wie die Verbandsgemeinde Diez zu beauftragen, da diese bereits einen Schritt voraus ist. Er hält den ständigen Austausch für eine komfortable Situation.

Hans-Ulrich Schöberl vor der CDU-Fraktion hält unterschiedliche Beraterfirmen für ein so komplexes Thema von Vorteil.

Der Vorsitzende gibt zu bedenken, dass die Ortsgemeinden stark auf den/die Berater zugreifen und hier Manfred Zimmermann eine Pauschale angeboten habe, wogegen die anderen Angebote auf Stundensätzen basieren.

Der Beigeordnete Bernd Roßtäuscher hält es für wichtig, dass die Ortsgemeinderäte intensiv beraten werden, da das Thema schwer zu transportieren sei. Jedes Ratsmitglied müsse wissen, über was es abstimme und der Ortsgemeinderat müsse in der Lage sein zu entscheiden, ob er das Risiko eingehen will.

Anschließend wird die Nichtöffentlichkeit der Sitzung hergestellt, um über die einzelnen Firmen zu beraten. Frau Schweickert von der Rhein-Lahn-Zeitung verlässt den Sitzungsraum.

Hans-Ulrich Schöberl verweist darauf, dass die Firma Dornbach & Partner sehr tief auf Kreisebene in die Materie involviert sei und die Entscheidung eine enorme Tragweite habe.

Bürgermeister Harald Gemmer macht sich keine Hoffnungen, dass konkurrierende Firmen zusammenarbeiten.

Anschließend wird die Öffentlichkeit der Sitzung wieder hergestellt.

Der Vorsitzende schlägt dem Verbandsgemeinderat vor, die freiberuflichen Leistungen für die fachliche Beratung im Hinblick auf steuerrechtliche, betriebswirtschaftliche und technische Aspekte im Rahmen der Rekommunalisierung der regionalen Stromversorgung durch Übernahme der Stromnetze bzw. durch kommunale Beteiligung am Stromnetz an den Dipl.-Ing. Manfred Zimmermann, Oberbrechen, nach dem vorliegenden Angebot zu vergeben mit der theoretischen Möglichkeit für die Verbandsgemeinde, Anteile an der Netzeigentums-gesellschaft für die Ortsgemeinden, die sich nicht an der Gesellschaft beteiligen wollen oder können, zu erwerben.

**Beschluss: 10 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen**

## 7. Informationsblatt

Der Vorsitzende verweist auf das der Einladung zur dieser Sitzung beige-fügte neue Vertragsangebot der Verlag + Druck Linus Wittich KG vom 8.12.2011.

Nach den Vertragsverhandlungen und einem gemeinsamen Treffen mit den Bürgermeisterkollegen aus den Verbandsgemeinden Hahnstätten, Nassau und Nastätten bietet die Verlag + Druck Linus Wittich KG die Herstellung des Informationsblattes für den Einrich bei einer Laufzeit von 10 Jahren und 20 Seiten Text im Jahresdurchschnitt zu einem Preis von 3.403,00 Euro/Quartal zuzüglich Mehrwertsteuer an.

Zusätzlich erhält die Verbandsgemeinde

- für die Nutzung der Text-einpflegesoftware eine Seite zusätzlich,
- für die 10-jährige Laufzeit vier Seiten zusätzlich sowie eine kosten-neutrale Veröffentlichung im Internet unter Localbook und als epaper
- und eine kostenfreie Layout-Optimierung nach unseren Wünschen.

Die Ratsmitglieder stimmen dem Angebot der Verlag + Druck Linus Wittich KG zu den im Angebot vom 8.12.2011 genannten Konditionen zu.

## **Beschluss: einstimmig**

### 8. Abrechnung 2011 für das Freibad

Bürgermeister Harald Gemmer verweist auf die der Einladung zu dieser Sitzung beigefügte Abrechnung der Kosten für das Freibad 2011. Danach hat die Verbandsgemeinde bei Gesamtkosten von 129.760,24 Euro einen Betrag von 54.428,66 Euro zu tragen.

### 9. Verschiedenes, öffentlich

#### a) Vereinbarung mit der ev. Kirchengemeinde Klingelbach

Bürgermeister Harald Gemmer informiert die Ratsmitglieder, dass der Haupt- und Finanzausschuss sowie der Bauausschuss in ihren letzten Sitzungen einer vertraglichen Vereinbarung zwischen der Verbandsgemeinde Katzenelnbogen und der ev. Kirchengemeinde Klingelbach zur Neugestaltung des Außengeländes an der Kindertagesstätte Katzenelnbogen zugestimmt haben.

Die Vereinbarung beinhaltet, dass die Verbandsgemeinde Katzenelnbogen als Grundstückseigentümerin die Bauarbeiten ausschreibt, vergibt und abrechnet. Die ev. Kirchengemeinde Klingelbach erstattet dann die Kosten.

#### b) Genehmigung des Haushalts 2012

Der Vorsitzende verweist auf die Tischvorlage und gibt dem Verbandsgemeinderat bekannt, dass die Kreisverwaltung des Rhein-Lahn-Kreises mit Schreiben vom 6.2.2012 den Haushalt der Verbandsgemeinde Katzenelnbogen für das Haushaltsjahr 2012 genehmigt hat. Er macht auf einen Schreibfehler in der Genehmigung aufmerksam, da die Verbandsgemeinde Katzenelnbogen nicht wie in der Genehmigung auf Seite 2 Absatz 7 mit 32,71 % über sondern mit 32,71 % unter der landesdurchschnittlichen Pro-Kopf-Verschuldung von Verbandsgemeinden vergleichbarer Größe liegt.

### 10. Sponsoringleistungen, Spenden und Schenkungen

Der Verwaltung liegen keine Spenden bzw. Zuwendungen vor, über deren Annahme der Verbandsgemeinderat zu entscheiden hat.

### 11. Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde sind keine Einwohner anwesend.

Niederschrift Verbandsgemeinderat, 13.02.2012